

Antragsbereich P / **Antrag P1**

AntragstellerInnen: Bezirk Oberfranken

Empfehlung der Antragskommission: Annahme

Empfänger: Bundesparteitag
Landesparteitag

P1: Für ein besseres Morgen in die Bundestagswahl 2021

13 Punkte für unsere Kampagne

1. Mindestlohn erhöhen – Prekäre Beschäftigung aufheben!

- 5 Das sozialdemokratisch geführte Arbeitsministerium hat 2018 errechnet, dass für eine ar-muts-feste Rente nach einem 45-Jahre langen Arbeitsleben mindestens 12,63€ pro Stunde ausgezahlt werden müssen. Noch immer verdienen in Deutschland viele Menschen
10 unter diesem Lohn, insbesondere in Ostdeutschland und in strukturschwachen Gebieten. Arm trotz Arbeit? Nicht mit uns. „Wir werden nach der Bundestagswahl ein neues Gutachten über die Mindestlohnhöhe, die eine armutsfreie Rente gewährleisten wird, erstellen
15 und den Min-dest-lohn entsprechend anpassen. Der Mindestlohn wird 13 Euro nicht unterschreiten.

Zudem wollen wir den Folgen von kalten Progressionen politisch entgegenwirken.

20

2. Flächendeckende Tarifbindung ist das Ziel!

Gemeinsam mit den Gewerkschaften werden wir selbstbewusst die Stimme der Arbeitnehmer*innen
25 vertreten. Eine sozialdemokratische Bundesregie-

30 rung wird daher das entschlossene Ziel verfolgen, eine flächendeckende Tarifbindung in allen Branchen bundesweit zu erzielen. So stärken wir Gewerkschaften auch nach Erhöhung des Mindestlohnes und schaffen in allen Aspekten gute Arbeit. Wir möchten Weltmeister der guten Arbeit werden und damit den Wirtschaftsstandort auf einzigartige Art und Weise stabilisieren und auf Nachhaltigkeit ausrichten. Wir handeln statt nur zu klatschen!

35

3. Mehr Zeit für das Leben!

40 Modellversuche in europäischen Ländern haben gezeigt, dass in vielen Branchen eine Verkürzung der regulären Wochenarbeitszeit sogar zu einer Steigerung der Produktivität führt. Hinzu kommen die positiven Auswirkungen auf die Gesundheit und das Wohlbefinden der Arbeiter*innen – ein Herzensanliegen für uns Sozialdemokrat*innen. Wir werden daher in der nächsten Bundesregierung einen Prozess einleiten, der bis zum Ende der Legislatur einen Übergang zu einer regulären gesetzlichen Wochenarbeitszeit von 30 Stunden vollziehen wird. Im Prozess werden folgende Faktoren berücksichtigt, die die Sicherheit des Lebensstandards gewährleisten: Lohnausgleich, Zahlungsfähigkeit der Unternehmen, insbesondere kleine hand-werkliche Betriebe und andere.

55 4. Energiewende – lokal, kommunal, solidarisch!

Wir schaffen ein neues Energiewende-Gesetz und ermöglichen es Kommunen, ohne Mehrkosten ein lokales Netz an erneuerbaren Energien aufzubauen.

60 Diese sollen in kommunaler Hand bleiben und Ge-
winne, die sie durch die Einspeisung des Stromnetzes
erzielen, gleichmäßig auf alle Haushalte in der Kom-
mune verteilen. Damit erhöhen wir die Akzeptanz
für Solar- und Windenergie, schaffen Anreize und
65 senken mit der Kostenübernahme durch den Bund
Investitionshemmnisse. Damit erreichen wir das Ziel,
Deutschland bis 2030 vollständig mit erneuerbaren
Energien zu versorgen und eine Netto-Null Klimabi-
lanz zu erreichen.

70

5. Mobilität neu denken – in ein neues Zeitalter!

Wir setzen auf öffentliche Verkehrsmittel und fördern
den Ausbau von Bus- und Bahn von der Kommune
75 bis hin zum Fernverkehr. Wir möchten Inlandsflüge
überflüssig machen und einen europäischen Rahmen
für Bahnverkehr schaffen, der kostengünstige und
schnelles Reisen auf Schnellfahrstrecken ermöglicht.
Der öffentliche Personennahverkehr muss kostenfrei
80 werden: Zuallererst für Menschen mit niedrigem
Einkommen, Schüler*innen, Auszubildende und
Studierende, mittelfristig wollen wir den fahrschein-
losen öffentlichen Nahverkehr verwirklichen. Unser
kurzfristiges Ziel ist es ein bundesweites Angebot für
85 365€ Tickets zu schaffen, um allen Bürger*innen eine
Chance auf bezahlbare Mobilität für 1€ pro Tag zu
ermöglichen.

6. Endlich wieder kostenfreie Bildung!

90

Das BAföG ist eine sozialdemokratische Erfolgs-
geschichte, die nach Jahren von schwarz-gelber
Bildungspolitik fast vollständig ausgehöhlt wurde.

Nur noch 10% aller Studierenden profitieren vom
95 Fördergeld, die Anzahl der Bezieher*innen geht
zurück, obwohl die Geldnot nicht weniger ist. Wir
setzen uns für ein höheres, armutsfestes BAföG
ein, das insbesondere besser auf den lokalen Miet-
spiegel eingeht. Zudem muss es für die gesamte
100 Studien-, Schul-, bzw. Ausbildungszeit als elternun-
abhängiger Vollzuschuss ausgezahlt werden. Nur
so hängt der Zugang von Bildung nicht länger vom
Geldbeutel der Eltern oder dem eigenen Verdienst ab.

105 **7. Ausbildungen aufwerten – Chancen für die Jugend schaffen!**

Wir möchten eine Ausbildungsplatzgarantie für junge
Menschen schaffen! Die Verkürzung der Arbeitszeit
110 und die Erhöhung der Mindestausbildungsvergütung
auf den BAföG-Höchstsatz, der zum Leben reichen
muss, schaffen zusätzliche Anreize. Gemeinsam
mit unsere Ministerpräsident*innen möchten wir
zudem sicherstellen, dass Absolvent*innen von
115 Berufsausbildungen automatisch eine Hochschulzu-
lassungsberechtigung erhalten und die Möglichkeit
bekommen, kostenfrei einen Meister abzuschließen.

120 **8. Gemeinsam gegen Faschismus und Rechtsradi- kale!**

Nach den NSU-Morden, den etlichen Skandalen um
Rechtsextreme in der Polizei, dem Mord an Walter
Lübcke, dem antisemitischen Anschlag in Halle, dem
125 rassistischen Terrorakt in Hanau und unzähligen
weiteren rassistisch motivierten und rechtsextremen
Gewalttaten können wir nicht weiter von Einzelfällen

sprechen. Wir müssen anfangen, diese Taten klar
beim Namen zu nennen: Es waren rechtsextreme
130 Terroranschläge. Und es bedarf klarer staatlicher
Strategien gegen Antisemitismus, Rassismus und
Rechtsextremismus. Dazu müssen diese Themen
stärker in den Fokus von Schulen und anderen Bil-
dungseinrichtungen gerückt und klar angesprochen
135 werden. Außerdem muss der Staat rechtsextreme
Gefahren frühzeitig erkennen, mit externen wissen-
schaftlichen Studien auch eigene Strukturen durch-
leuchten und Polizei und Sicherheitsbehörden
deutlich stärker für rechten Terror sensibilisieren.
140 Dazu braucht es unabhängige Beschwerdestellen
innerhalb der Sicherheitsbehörden, um die Auf-
klärung etwaigen Fehlverhaltens ohne Angst vor
Konsequenzen zu gewährleisten. Nicht zuletzt ist es
aber auch Aufgabe eines Staates, antifaschistische
145 zivilgesellschaftliche Initiativen zu fördern, um so ein
gesamtgesellschaftliches Bollwerk gegen Antisemitis-
mus, Rassismus und Rechtsextremismus aufzubauen.

9. Wir sind für euch da – egal woher ihr kommt!

150
Seit den 1990er Jahren wurde das Grundrecht auf
Asyl immer weiter abgeschwächt. Heute ist eine
Einreise nach Deutschland mit dem Ziel, sich eine
wirtschaftliche und soziale Existenz aufzubauen,
155 nahezu unmöglich geworden. Wir werden eine
Kehrtwende der bisherigen Politik des lauten Ge-
schreis und der Ausgrenzung schaffen. Wir werden
das Geordnete-Rückkehr-Gesetz zurücknehmen
und werden Geflüchteten die Einreise ermöglichen.
160 Arbeitsverbote werden aufgehoben, der freie Zu-
gang zu Sprachkursen und Ausbildungen werden

gewährleistet. Wir werden die Unterbringung von Geflüchteten nur noch auf dezentraler Ebene akzeptieren. Deutschland muss ein offenes Land werden –
165 wir wissen, dass Migration weder Gefahr noch Übel ist, sondern unterstützenswert ist.

10. Frauenrechte & Gleichstellungsfragen sind nicht von Gestern!

170

Wir möchten die gesetzliche Gleichstellung aller Geschlechter vollenden. Dafür streichen wir die Paragraphen 219a und 218 aus dem Strafgesetzbuch und legalisieren damit Schwangerschaftsabbrüche.
175 Zudem sorgen wir für eine verfassungskonforme Wahlrechtsreform, die eine paritätische Repräsentation von Frauen in den Parlamenten ermöglicht. Die Geschlechtseintragung *divers* soll für alle Menschen frei wählbar sein und durch weitere Begriffe ergänzt
180 werden. Eheschließungen werden nicht länger an das Geschlecht geknüpft sein – damit schaffen wir die Ehe für tatsächlich alle. Durch Bürger*innenräte, die sich aus von Diskriminierung betroffenen Menschen und Expert*innen zusammensetzen, werden wir uns aus
185 erster Hand beraten lassen, Ungleichheiten in der Gesellschaft abzubauen.

11. Endlich digitalisieren, als wäre es 2021!

190 Alle Haushalte sind bis ins Haus mit schnellem Internet auszubauen. Verbindungen via Glasfaser müssen dabei der Standard sein, um einen Ausbau zu gewährleisten, der allen Nutzenden gleichwertige Bedingungen für ihren digitalen Alltag bietet. Mobilfunknetze sind lückenlos auszubauen, Anbieter
195

müssen ihre Netzabdeckung allen Geräten zur Verfügung stellen. Nationales Roaming ist dazu der Schlüssel. Wir wollen den 5G-Standard für alle! Wir wollen die Versorgung mit gutem Internet wieder in
200 die öffentliche Hand überführen. Wichtiger ist jedoch die Schaffung von Akzeptanz für digitale Lösungen und Kompetenzen. Daher starten wir die größte Fortbildungsoffensive, die es in Deutschland jemals gab – und bieten allen im öffentlichen Sektor tätigen
205 eine vollständige Modernisierung ihres Arbeitsplatzes auf den neuesten Stand der Technik an, verbunden mit kostenfreien Fortbildungen in (Hoch)-Schule und Beruf.

210 **12. Solidarisch steuern wir das schon!**

Es ist an der Zeit, für Gerechtigkeit im Steuerwesen zu sorgen. Leitsatz soll sein, dass die Steuer- und Abgabenlast stets progressiv steigen soll. Die
215 niedrigen Einkommen werden gering belastet, die hohen Einkommen werden dementsprechend höher belastet. Eine Vermögenssteuer wird unser Mittel der Wahl zu sein, die großen Herausforderungen und Investitionen dieses Jahrzehnts zu stemmen. Auch bei
220 den Sozialversicherungen werden wir nachbessern: wir nehmen Privatisierungen zurück und überführen Kranken-, Pflege- Renten- und Arbeitslosenfürsorge vollständig in die öffentliche Hand, an der sich perspektivisch neben allen Arbeitnehmer*innen auch
225 Beamte und Selbstständige beteiligen werden.

13. Wer Visionen hat, muss in die Bundesregierung gehen!

230 Wir streben an, die CDU und CSU mit dieser Bun-
destagswahl in die Opposition zu schicken. Sechszehn
lange Jahre Stillstand und Visionslosigkeit an erster
Stelle müssen vorbeigehen. Unsere Zukunftsprojekte
werden wir nicht mit einer Partei verwirklichen kön-
235 nen, die sich seit über einem Jahr in Personalquere-
len verliert. Wir setzen uns daher für eine Mehrheit
im neuen Bundestag mit Bündnis90/Die Grünen und
der Linkspartei ein, die wir als unsere bevorzugten Ko-
alitionspartner*innen ab 2021 ansehen. Eine weitere
240 Koalition mit den Unionsparteien schließen wir aus.
Wir stellen selbstbewusst den Anspruch, zu regieren
– dafür kämpfen wir!